

Die Artikulation postfundamentalistischer Bewegungen

Kernidee und Perspektive des Ansatzes

Kernidee der postfundamentalistischen Perspektive auf soziale Bewegungen ist ein analytischer Fokus auf A(n)tagonismus, Abwesenheit und Kontingenz. Im Vergleich zu anderen Arbeiten wird durch diesen Beitrag, der den Artikulationsbegriff nach Ernesto Laclau und Chantal Mouffe in Form von vier ›Vektoren‹ der Artikulation operationalisiert, sichtbar, wie politische Akteur*innen trotz vielschichtiger Konflikte Forderungen aufstellen und Repräsentationsangebote machen können.

Zentrale theoretische Grundlagen/Arbeiten

Die zentralen theoretischen Ansätze für diese Entwicklung stammen aus der postfundamentalistischen bzw. postmarxistischen politischen Theorie. Sie sind wichtig für die hier ausgeführte Perspektive, um das Ringen zwischen Universalität und Partikularität (z.B. Laclau 2007), das Hin- und Herschwingen zwischen Abwesenheit und Anwesenheit bzw. die (Un-)Möglichkeit von Repräsentation (z.B. Marchart 2013) und den grundlegend (gegen-)hegemonialen Charakter politischer Akteur*innen (z.B. Laclau/Mouffe 2001) zu betonen.

Anwendung: Methoden

Die Operationalisierung des Artikulationsbegriffs dient sowohl als analytisches als methodisches Werkzeug, um die Organisations- und Entscheidungsdynamiken heterogener sozialer Bewegungen empirisch greifbar zu machen. Die sogenannten ›Artikulationsvektoren‹ (#1 Handlungsmächtigkeit/Agency; #2 Versuch der Totalisierung; #3 Produktion/Herausforderung von Diskurs; #4 Fixierung flottierender diskursiver Elemente) markieren sowohl einzelne Merkmale kollektiver politischer Subjekte als auch ineinander verschränkte Ordnungsprinzipien jener Subjekte für deren (Selbst-)Beschreibung, Einflussnahme und repräsentative Positionierung in umkämpften politischen Kontexten.

Anwendung: Fallbeispiel

Als mein Fallbeispiel dient die freie Berliner Kulturszene, die sich 2012 zur *Koalition der Freien Szene* als neuer politischer Akteur zusammenschloss, und deren Entstehungs- und Artikulationsbewegung ich in meiner Dissertation untersuchte (Landau 2019a).

Anwendung: Beispiele

Meine Dissertation bietet eine erste Forschungsarbeit zur Exploration eines postfundamentalistischen Ansatzes für die Formation neuer politischer Akteur*innen (Landau 2019a). Auch Marcharts (2013) Überlegungen zu post-identitären Artikulationen im Zuge der *EuroMayDay*-Bewegung beschäftigen sich mit sozialen Bewegungsakteur*innen aus postfundamentalistischer Perspektive. Weiterhin ist Leipolds und Winkels (2016) Ansatz diskursiver Handlungsmächtigkeit spannend für das Verstehen der Herausbildung diskursiv-repräsentativer Akteur*innen.

A(nta)gonistische Artikulation

Ein postfundamentalistischer Zugang zu sozialen Bewegungen

Friederike Landau

1. Einleitung: Ein konflikttheoretischer Zugriff auf soziale Bewegungen

Der folgende Beitrag aktiviert politische Theorien des Antagonistischen/Agonistischen (Laclau/Mouffe 2001; Mouffe 2005; Marchart 2013; Roskamm 2017), um einen konfliktorientierten Zugang zu Praktiken der Mobilisierung, Repräsentation und Legitimation sozialer Bewegungen zu erarbeiten. Im Rahmen der Diskussion poststrukturalistischer Ansätze auf soziale Bewegungen skizziere ich mithilfe einer konflikttheoretischen Perspektive das Zusammenspiel von unüberwindbarem Konflikt (Antagonismus) und Variationen von ›gezähmtem‹ Konflikt (Agonismus) sogenannter ›postfundamentalistischer‹ Bewegungen. Über die binäre Kategorisierung von Konflikt- oder Konsensbewegungen (McCarthy/Wolfson 1992; Della Porta 2008) und die generelle Annahme hinaus, dass soziale Bewegungen politische oder kulturelle Konflikte thematisieren, verstehe ich Konflikte oder Konfliktualität nicht nur als Thema, Tragfläche oder Treibstoff sozialer Bewegungen, sondern als konstitutives (Be-)Gründungsmerkmal sozialer Bewegungen. Der Mehrwert der Betrachtung sozialer Bewegungen unter dem Vorzeichen von Konflikt liegt nicht nur in der Identifikation verschiedener Ebenen von Konflikt oder Antagonismus, die gängige Sichtweisen auf ›Erfolg‹ oder ›Scheitern‹ von Bewegungen irritieren können. Eine Betonung von und analytische Hinwendung zur Produktivität von Konflikt im Hinblick auf das Verstehen von gegenhegemonialen Gesellschaftsentwürfen kann auch das Erkunden und Theoretisieren potentiell neuer Möglichkeiten emanzipatorischen politischen Handelns bestärken (Landau 2017a). Entgegen einem konsensverhafteten Verständnis von Politik und Demokratie, welches sich durch den scheinbaren Triumph neoliberaler Alternativlosigkeit und die These, dass wir in einem postpolitischen Zeitalter leben, verbreiten (Beveridge/Koch 2016; Swyngedouw 2009), ist ein Anliegen dieses Beitrags, aus dem Windschatten der Dominanz deliberativer Demokratie hinauszuz-

treten und die politische Debatte, postpolitisch oder nicht, durch Blickverschiebungen auf neue Artikulationsformen von Politik zu (re-)politisieren (Jessop 2014). Anstatt Heterogenität, Unstimmigkeiten und Konflikt als Scheitern oder Fehler zu degradieren, versteht die hier ausgeführte antagonistische Perspektive Dynamiken der Konflikt- und Kontingenzverhandlung als reflexive Momente möglicher politischer Emanzipation. Anders gesagt, der Beitrag nimmt die Kategorien von A(nta)gonismus, Abwesenheit und Kontingenz als zentrale Bestandteile einer postfundamentalistischen Konzeption von sozialen Bewegungen in den Blick, um zu verstehen, wie sich kollektive politische Akteur*innen unter diesen analytischen Vorzeichen formieren. Weiterhin ist es Bestreben dieses Beitrags, interdisziplinären Bewegungsforscher*innen eine exemplarische empirische Analyse aus dem wenig beachteten Feld künstlerischer und kultureller Akteur*innen im Forschungskontext sozialer Bewegungen vorzustellen (Hollands/Vail 2012; Lee/Lingo 2012). Neben der explorativen Fallstudie möchte der Beitrag Leser*innen und Praktiker*innen des Handbuchs das in postmarxistischer Diskurstheorie verankerte Konzept der Artikulation als praktisch-analytisches Werkzeug zugänglich machen. Die ›Ent-Ankerung‹ oder Entschlüsselung des Artikulationsbegriffs soll mithilfe der hier vorgestellten vier Artikulationsvektoren für eine Vielzahl lokaler, kultureller und politischer Felder zur Analyse neuer politischer Akteur*innen¹ anwendbar gemacht werden, um eine akteur*innenzentrierte Analyse sozialer Bewegungen vornehmen zu können, die sich nicht auf vorgegebenen kollektiven Identitäten oder Wesensmerkmalen ausruht oder ausschließlich von rational-instrumenteller Interessensmaximierung ausgeht.

2. Forschungsansatz: Postfundamentalismus – Bewegung aus radikaler Abwesenheit heraus

Im Feld verschiedener Theorien zu Konflikt und Antagonismus verfolge ich eine postfundamentalistische Perspektive (Marchart 2007, 2010). Für die Ergründung des Wesenszustands einer Bewegung beschäftige ich mich mit drei wesentlichen Elementen innerhalb der postfundamentalistischen Theorien: Abwesenheit, Kontingenz und A(nta)gonismus.

1 Im Wissen um andere sozialtheoretische Auseinandersetzungen mit Artikulationstheorien, wie beispielsweise Stuart Halls Ansatz, der in diesem Handbuch analysiert wird (siehe Drobot in diesem Band), oder Antonio Gramscis Ausführungen, auf dessen Werk die Arbeit von Laclau und Mouffe maßgeblich aufbaut, widmet sich dieser Beitrag ausschließlich einer postfundamentalistischen Analyse der Artikulation nach Laclau und Mouffe und meiner eigenen Weiterentwicklung.

Zunächst geht postfundamentalistisches Denken von der Abwesenheit letzter Gründe wie zum Beispiel Religion, Natur, Technik oder Vernunft aus. Soziale und politische Identitäten und Machtzusammenhänge entstammen also nicht aus einer unbezwingbaren oder absoluten Rationalität, Notwendigkeit oder Wertvorstellung, sondern entwickeln und begründen sich aus einer radikalen Kontingenz. Diese unüberwindbare Nicht-Notwendigkeit verdeutlicht, dass sämtliche Positionen und Forderungen, die im politischen Feld Entwürfe von Macht- und Gegenmacht hervorbringen, generell hinterfragbar und veränderbar sind. Die Entstehung neuer Akteur*innen und Forderungen vollzieht sich nach der Erkenntnis der Abwesenheit und eigentlichen ›Leere‹ letzter Rechtfertigungen über das ›gute‹ Leben, den ›guten‹ Staat oder die ›gute‹ Politik, ohne eindeutige Antworten auf diese normativen Vorstellungen geben zu können. Postfundamentalismus ist in dieser Negativität (›Da ›ist‹ kein Grund‹) jedoch nicht mit Anti-Fundamentalismus oder Fatalismus gleichzusetzen. Akteur*innen sind angesichts der ›Leere‹ des politischen Feldes nicht grundsätzlich politisch demotiviert, gelähmt oder verfallen in nihilistische Hoffnungslosigkeit. Im Gegenteil verweist der postfundamentalistische Zugriff auf die Notwendigkeit permanenter Aushandlung verschiedener Positionen und Identitäten, die temporäre und prekäre Grundierungen politischer und sozialer Bedeutung hervorbringen. In anderen Worten muss politische Bedeutung, Macht und Verantwortung *gemacht* und *gegründet* werden.

Schließlich ist der Begriff des A(nta)gonismus maßgeblich für die Ergründung politischer Beziehungen. Antagonismus umschreibt Chantal Mouffe (2005, 2009) in Rückgriff auf Carl Schmitt als politischen Dialog unter Feind*innen, die auf gegenseitige Konfrontation und Zerstörung abzielen. Antagonismus präsentiert sich als unauslöschliche Dimension des Streits und Konflikts in menschlichen Beziehungen, die eine finale Schließung von Identität, Bedeutung oder Macht auf einer ontologischen Ebene unmöglich macht. Anders gesagt, eine politische Identität oder Institution ›ist‹ nie in einer höheren Rationalität oder Notwendigkeit begründet, sondern entsteht als Resultat aus umstrittenen Prozessen, die Begründungen übergangsweise hervorbringen und als prekäre Hegemonien etablieren. Während sich Konflikt also als konstitutiv für politische Beziehungen herausstellt, konzeptualisiert Mouffe (2013) durch das Einhalten von Regeln, insbesondere den Respekt für Freiheit und Gleichheit, das Entstehen agonistischer Beziehungen. Agonistische Akteur*innen verstehen ihren politischen Austausch als Wettstreit (lat.: *agon*) unter legitimen Gegner*innen. Während Interpretationen und Auslegungen von ›Freiheit‹ und ›Gleichheit‹ sowohl als axiomatisch festgesetzte Grundwerte liberaler Demokratie, als auch jeweils in sich selbst ambivalent bleiben, wird Agonismus als ergebnisoffene Konfliktkategorie erkenntlich.

Die ›gezähmte‹ Version des Antagonismus führt einerseits zu einem Spannungsverhältnis zwischen Antagonismus und Agonismus (Roskamm 2015), da letzterer Gefahr laufen könnte, Antagonismus auszuschalten bzw. zu entradika-

lisieren. Andererseits aktiviert das spannungsgeladene Verhältnis zwischen irreduziblem Antagonismus und Spielarten des Agonismus Möglichkeiten für emanzipatorische Politik sozialer Bewegungen oder anderer zivilgesellschaftlicher Akteur*innen, da eben nicht das Zerstören einer Feind*in im Vordergrund steht, sondern die Herstellung eines konfliktuellen Konsenses (Landau 2017b).² Das Ausverhandeln von ›konfliktuellem Konsens‹ identifiziert Mouffe als Bestandteil agonistischer Politik und Demokratie (Mouffe 2005).

Im Hinblick auf neue politische Akteur*innen³ sind Abwesenheit, Kontingenz und A(nta)gonismus für die (Be-)Gründungen für und von sozialen Bewegungen ständig (neu) ge- und begründet, eben als streitbare und zeitlich-räumlich kontingente Strukturen sozialer Ordnung (Marchart 2013). Somit handelt es sich auch bei postfundamentalistischen Bewegungen um ein ständiges Oszillieren zwischen Konstruktion und Destruktion, Grund und Abgrund, Einschreibung in und Exodus aus bestehenden politischen und institutionellen Strukturen zwischen Bewegung und Stillstand. Letztlich entsteht durch das Wegfallen letzter Gründe eine Abwesenheit, die im Sinne einer produktiven Leere die Entstehung, Formen und Wirksamkeit sozialer Bewegungen radikal neu denken kann. Somit geht eine postfundamentalistische Betrachtungsweise auch über rein epistemologische Überlegungen hinaus und wendet sich den gesellschaftstheoretischen und ontologischen Dimensionen sozialer Bewegungen zu, welche in der Bewegungsforschung unterbeleuchtet blieben (Misoczky et al. 2017: 247).

Im Kontext von Bewegungsforschung über das Entstehen kollektiver Identitäten (Melucci 1989) gehe ich von einer radikalen Abwesenheit aus, aus welcher kollektive politische Subjekte sich gründen. Angesichts der sich so eröffnenden Analysemöglichkeiten bietet der empirische Fall des Berliner Kulturfelds einen Einblick in die Anwendung des postfundamentalistischen Artikulationsbegriffs. Die Artikulationsperspektive zeigt das Entstehen einer sozialen Bewegung unter Bezugnahme auf A(nta)gonismus, Abwesenheit und Kontingenz auf. Anschließend argumentiere ich, dass in Transformationsprozessen politischer Organisationen oder Bewegungen, die sich zwischen Agonismus und Antagonismus bewegen, ihre antagonistische Grundausrichtung oder Konfliktualität nicht

2 Ich habe diese Konsens- und Konfliktverhandlungsmechanismen zur Erreichung (temporärer) konfliktueller Konsensformationen in einer sogenannten ›Konfliktuellen Konsens Matrix‹ entlang ontologischer (d.h. wertebasierter oder ›ideologischer‹, unüberbrückbarer Differenzen) und ontischer Konflikte (d.h. maßnahmen- oder ressourcenbezogener, potentiell zu überwindender Differenzen) veranschaulicht (Landau 2019a: 81).

3 In Anlehnung an Laclau (1994: 6) verstehe ich die Herausbildung neuer politischer Identitäten oder Akteur*innen als Resultat antagonistischer und artikulatorischer Identifikationsprozesse. Das heißt, politische Akteur*innen oder Zugehörigkeiten basieren nicht auf einer gegebenen Essenz oder Notwendigkeit, sondern gründen sich aus einer ontologischen Abwesenheit letzter Gründe.

verschwindet, sondern diese in verschiedenen agonistischen Konstellationen und Netzwerken aktualisiert wird. Da Antagonismus jederzeit wieder ausbrechen kann, aber agonistische Akteur*innen auch jederzeit wieder neue Allianzen schmieden können, ermöglicht das a(nta)gonistische Rahmenwerk einen analytischen Zugriff, um die Organisation sowie Identitäts- und Entscheidungsbildung neuer politischer Akteur*innen zu verstehen. Das Skizzieren von vier ›Vektoren‹ der Artikulation soll verdeutlichen, inwiefern sich soziale Bewegungen als gegenhegemoniale Momente in bestehende politische Strukturen einschreiben und so mittels neuer Formen der Entscheidungsfindung, Forderungsaufstellung und Repräsentation auf zukunftsweisende Formen der Demokratie verweisen können. Der Begriff des Vektors soll nicht im engeren Sinne die mathematische Vermessung politischer Aktivitäten ausdrücken, sondern die Gerichtetheit und Intensität politischer Energien sowie die Vielzahl repräsentativer Forderungen oder Strategien anzeigen, die zur Etablierung einer Bewegung herangezogen werden.

3. Forschungspraxis: Die freie Kulturszene Berlins, eine postfundamentalistische soziale Bewegung?

Die Kollektivierung der Berliner ›Freien Szene‹, bestehend aus Künstler*innen und Kulturschaffenden aus sämtlichen Kunstsparten der bildenden und darstellenden Kunst, Jazz, neuer Musik, Tanz, Literatur, Kulturproduktion sowie künstlerischen Projekträumen, in Form der *Koalition der Freien Szene (Koalition)* soll verdeutlichen, wie postfundamentalistische und a(nta)gonistische Konzepte in empirischen Erklärungszusammenhängen sozialer Bewegungen operationalisiert werden können. Die *Koalition* versteht sich als offene Aktionsplattform für freie Kulturproduzent*innen Berlins und setzt sich aus verschiedenen Gremien, vor allem dem lose geformten, nicht im engeren Sinne demokratisch gewählten *Sprecher*innenkreis* zusammen. Der *Sprecher*innenkreis* besteht aus Vertreter*innen spartenspezifischer Verbände sowie kulturpolitisch aktiven Individuen als Sprecher*innen. Darüber hinaus gibt es Arbeitsgruppen und ein regelmäßig stattfindendes Plenumstreffen, um kulturpolitische Forderungen der Freien Szene zu bündeln und anschließend in Gesprächen mit Kulturverwaltung und -politik in Politik- und Haushaltsverhandlungen einzubringen (mehr zum Hintergrund der Organisation siehe Landau 2016).

Im Folgenden diskutiere ich die *Koalition* als soziale Bewegung im Sinne eines Netzwerks von zivilgesellschaftlichen Akteur*innen, sozialen Gruppen oder Organisationen zur Vertretung gemeinsamer, jedoch nicht notwendigerweise rationaler oder ökonomischer Interessen (Kern 2008). Die *Koalition* ist aufgrund ihrer regelmäßigen, wenn auch zu Beginn wenig demokratisch verfassten Treffen, sowie aufgrund eines gemeinsam erstellten Forderungskatalogs, dem *Elf-*

Punkte-Plan, mehr als eine zufällige oder spontane soziale Interaktionsform. In Verbindung mit der postfundamentalistischen Perspektive dieses Beitrags soll die *Koalition* als soziale Bewegung beleuchtet werden, die sich im permanenten Aushandlungsprozess ihrer eigenen Position befindet. Oliver Marchart (2013: 224) bietet hierzu einen postfundamentalistischen Zugriff an, um kollektive Bewegungsakteur*innen zu verstehen, und bezeichnet sogenannte ›post-identitäre‹ Bewegungen als »paradoxe Form der Selbstinfragestellung, eine reflexive Bewegung, die die eigene Identität – natürlich nie vollständig und in jeder Beziehung, aber doch hinsichtlich ihrer Grenzen und Grundlagen – in Frage stellt oder zu stellen bereit ist«.

In Anlehnung an dieses Verständnis und meine Konzeptualisierung der *Koalition* als postfundamentalistischem politischem Akteur (Landau 2019a) gehe ich folglich nicht davon aus, dass einer Bewegung irgendeine Essenz oder kohärente Gemeinsamkeit innewohnt (außer der Gemeinsamkeit der Differenz gegenüber einem konstitutiven Außen), sondern vielmehr, dass sie aus der *Abwesenheit* ihrer eigenen Begründung heraus entsteht. Um Bewegung zu *werden* oder zu *gründen*, konstituieren sich postfundamentalistische Bewegungen somit durch permanente (Be-)Gründungsanstrengungen in Form von Artikulationen oder Forderungsaufstellungen (Saward 2006). Nicht eine gegebene oder strukturelle Einheit, Identität oder Berechtigung, sondern das andauernde Postulieren von letztlich kontingenten Forderungen nach anderen Gesellschafts- oder Machtordnungen konstituieren die Bewegung (Laclau 2007b). Im Verlauf dieses Postulierens stellen postfundamentalistische soziale Bewegungen bestehende Verhältnisse in Frage (Dislokation) und können zum Beispiel durch Verstetigung und Routinisierung ihrer eigenen Aktivitäten und Organisationsprinzipien zu neuen institutionellen Formationen beitragen (Sedimentationen; Landau 2019c).

Obwohl *Abwesenheit* als wichtiges Kriterium für postfundamentalistische Bewegungen identifiziert wird, ist weder *Abwesenheit* noch die gegründete oder artikulierte Anwesenheit final zu erhalten. Postfundamentalistische Bewegungen changieren stets zwischen Gründungsversuch und der Infragestellung von (letzten) Gründen. Dies hält postfundamentalistische Bewegungen im wahrsten Sinne des Wortes in permanenter Bewegung. Neue politische Akteur*innen, Subjekte oder Repräsentationen formieren sich entsprechend qua Aufstellung von Forderungen. Durch den Artikulationsbegriff sollen nicht nur die Prozesse der Formulierung und Repräsentation von Forderungen, sondern auch Abgrenzungsmöglichkeiten zu anderen sozialen Interaktionsformen erkenntlich werden. Stellt eine Bewegung beispielsweise keinen Anspruch auf die Repräsentation einer sozialen Allgemeinheit (siehe Vektor #2 in Kapitel 3.2) oder macht den Versuch, heterogene Positionen zu einer temporären diskursiven Einheit verbinden zu (wollen) (siehe Vektor #4), handelt es sich nicht um eine postfundamentalistische Bewegung im hier skizzierten Verständnis. Artikulationen postfundamentalistischer

Bewegungen verdichten im Gegensatz zu Interaktionen politischer oder sozialer Art zu Repräsentations- und (Gegen-)Hegemoniebestrebungen, die zwischen den konfliktuellen Polen der (Selbst-)Identifikation und (Selbst-)Hinterfragung hin- und herschwingen.

3.1 Vektoren der Artikulation

In ihrem Klassiker *Hegemony and socialist strategy: Towards a radical democratic politics* begreifen Chantal Mouffe und Ernesto Laclau (2001:105) Artikulation als

»[a]ny practice establishing a relation among element such that their identity is modified as a result of the articulatory practice. The structured totality resulting from the articulatory practice, we will call discourse. The differential positions, insofar as they appear articulated within a discourse, we will call moments. By contrast, we will call element any difference that is not discursively articulated.«

Ausgehend von dieser Definition der Artikulation habe ich vier analytische Vektoren⁴ abstrahiert, welche die Entstehung oder Artikulation sozialer Bewegungen operational erfassbar machen sollen. Während in Laclau und Mouffes Begriff bereits wesentliche Elemente zur Konzeption postfundamentalistischer politischer Akteur*innen anklingen, bedarf es einer weiteren Schärfung bzw. analytischen Auseinandersetzung. Die Artikulationsvektoren sollen sowohl einzelne Repräsentationspositionierungen als auch als ineinander verschränkte Legitimationspraktiken beleuchten. Ich schlage folgende Vektoren vor:

- #1 Artikulation als *Praxis*: Agency, Handlungsmächtigkeit;
- #2 Artikulation als (*Versuch der*) *Totalisierung*: Repräsentation von Universalität;
- #3 Artikulation als *Produktion/Herausforderung von Diskurs*: (De-)Konstruktion;
- #4 Artikulation als *Fixierung* flottierender Elemente als diskursive Momente: Stabilisierung.

Aus dem qualitativen Datenkorpus⁵ meiner Dissertation schöpfend möchte ich im Folgenden aufzeigen, wie in den Kommunikations- und Verhaltensweisen

4 Der Ausdruck des ›Vektors‹ spielt mit der Assoziation mathematischer oder physikalischer Vermessung, drückt analytisch jedoch das Vorhandensein von und die Stärke politischer Mobilisierungs- und Repräsentationsfähigkeit aus. Durch die Bündelung und Verbindung einzelner artikulatorischer Anstrengungen zeigen die Vektoren an, wie sich kollektive Akteur*innen durch das Aufstellen repräsentativer Forderungen oder Strategien positionieren.

5 Das Material der Dissertation besteht aus über 20 qualitativen Interviews mit Sprecher*innen der *Koalition* sowie Verwaltungsangestellten der *Senatskanzlei*, der mehrjährigen teilnehmenden Beobachtung von Plenumstreffen der *Koalition* (2014-2018) und einer kritischen Dokumenten-

der *Koalition* diese einzelnen Vektoren sichtbar werden, ineinandergreifen und unterschiedlich priorisiert werden. So zerlege ich die Organisations- und Entscheidungsprinzipien des Fallbeispiels der *Koalition* als agentische Praktiken (#1 Artikulation), um Differenzen zwischen den einzelnen diskursiven *Elementen* temporär als diskursiven *Moment* (oder Versuch der Äquivalenz) zu bündeln (#4 Artikulation), der eine Verschiebung des kulturpolitischen Diskurses in Berlin hin zur Unterstützung freier Kulturproduktion einfordert (#3 Artikulation). Im Hinblick auf die Berliner Freie Szene, die schätzungsweise 40.000 bis 50.000 freie Kulturproduzent*innen umfasst, präsentiert sich die *Koalition* als Sprachrohr für diese diverse und räumlich verstreute Gesamtheit (#2 Artikulation). In Verbindung dieser einzelnen Vektoren artikuliert sich die *Koalition* im engeren Sinne des Begriffs als postfundamentalistische Bewegung bzw. als Akteur der Berliner Kulturpolitik, die durch förderpolitische Forderungen für den Erhalt und die Stärkung freier Kulturproduktion Berlin als ›kreative Stadt‹ umdeutet und so ›von unten‹ artikuliert (Misoczky 2017).

3.2 Artikulation in Aktion – Die Koalition der Freien Szene

Im Hinblick auf die erste Dimension von Artikulation als Praxis oder agentische Tätigkeit (#1 Artikulation) bestärkt die *Koalition* ihre politische und repräsentative Rolle im Machtkomplex der Berliner Kulturpolitik immer wieder durch eine Definition als ›offene Aktionsplattform‹. Diese Sprachregelung, die sich im Laufe der Jahre vorrangig als (Selbst-)Beschreibung der Gruppe verbreitet hat, fungiert jedoch nicht als kollektive Identität im engeren Sinne. Die ›offene Aktionsplattform‹ wird wesentlich durch Handlungen und Entscheidungen vom oben angesprochenen *Sprecher*innenkreis* getragen, welcher als quasi-legitimierter Zusammenschluss ›für‹ die Gesamtheit der Freien Szene agiert. Die freischaffenden Künstler*innen selbst unterstützen zwar gegebenenfalls die *Koalition*, identifizieren sich aber weniger wahrscheinlich direkt als Teil der Gruppe. Die Identifikation erfolgt eher in Verbindung zu einzelnen der unterschiedlichen Akteur*innen (z.B. Spartenverbände), Meinungen und Haltungen zu einem temporären Moment oder Ausdruck ›der‹ Freien Szene als Ansammlung heterogener Elemente (siehe #4 Artikulation). Das Mandat zur aktiven Dialogführung mit Schlüsselfiguren der Kulturverwaltung und -politik und zur Verhandlung über die Um- und Neugestaltung von Förderinstrumenten sowie des Kulturhaushalts erobern sich die Sprecher*innen ›qua Aktion‹, also durch den Einsatz für die Belange der Freien

analyse von Presse- und Haushaltsdokumenten. Die Datenauswertung erfolgte in einem mehrschrittigen Kodierungsverfahren. Zur Theoriebildung aus dem empirischen Material wurden zudem die sensibilisierenden Konzepte ›Konflikt/Konsens‹ und ›Partikularität/Universalität‹ zur Navigation und Strukturierung des Interviewmaterials entwickelt.

Szene, die im *Elf-Punkte-Plan* formuliert sind, aber durch konkrete Praktiken aktualisiert werden. Diese Tätigkeiten der Sprecher*innen, einzeln oder im Verbund, umfassen die Teilnahme an Treffen mit Mitgliedern der Kulturverwaltung, das Konzipieren und Verfassen von Positionspapieren, Pressemitteilungen, Überarbeiten von Konzepten der Verwaltung etc. Auf der anderen Seite ist die Aktivität oder Aktion der *Koalition* im Gegensatz zur (angeblichen) Passivität anderer kulturpolitischer Initiativen ein legitimierendes Moment. Diese artikulatorische Begründung über Aktion oder Aktivierung verbindet sich auch mit dem zweiten Vektor (s.u.), der auf die zu repräsentierende Gesamtheit abzielt. Gegenüber der »spontanen« und »losen« Verbindung der Gruppe *Haben und Brauchen* sowie dem als schwerfällig(er) und teilweise nicht präsent beschriebenen *Rat für die Künste* artikuliert sich die *Koalition* als handlungsfähiger(er) Akteur der Kulturpolitik. Im Laufe des nun siebenjährigen Bestehens nahm der kulturpolitische Einfluss der *Koalition* zeitweise zu, als Politiker*innen, Kulturverwaltungsangestellte und die fachlich interessierte Öffentlichkeit die Gruppe zunehmend als kollektive Stimme der Freien Szene wahrnahmen und anerkannten. Im Hinblick auf die relative Offenheit und Transparenz der Gruppe (die, wie gesagt, nicht unerhebliche demokratische Defizite aufweist, die jedoch durch alternative Legitimationen kompensiert werden; Landau 2019a: 86ff.), argumentiert die Gruppe als selbstorganisierte und -verwaltete Struktur damit, dass sie die Kulturproduzent*innen selbst vertrete, und somit im relativen Gegensatz zu repräsentative(re)n Strukturen wie dem *Rat für die Künste* zu sehen sei, da Letzterer gewählt werde, allerdings (angeblich) weniger auf die Belange der Kulturproduzent*innen, als auf künstlerische Präsentation und Kulturinstitutionen ausgerichtet sei. Im Hinblick auf die Artikulationspraxis steht hier also das konkrete Handeln in alltäglichen politischen Verfahrens- und Verwaltungsabläufen und das Ermächtigen eigener Handlungsfähigkeit im Vordergrund.

Der zweite Vektor der Artikulation umreißt den Versuch der Totalisierung (#2 Artikulation). Diese Totalisierung, egal ob erfolgreich oder scheiternd, bezieht sich auf Prozesse der Ein- und Ausschließung bzw. der Herstellung von Partikularität und Totalität/Universalität. Um eine Totalität herzustellen, müssen einige Elemente ausgeschlossen werden: Da Elemente einer Bewegung unterschiedlich sind, muss durch Artikulation übergangsweise eine relative Einheit hergestellt werden, also *artikuliert* werden, die es der Bewegung möglich macht, als kollektives politisches Subjekt aufzutreten. Im Fall der *Koalition* bleiben die einzelnen Kunstspartenverbände und engagierten Einzelkünstler*innen stets different; sie markieren und sind markiert durch Unterschiede hinsichtlich ihrer kulturpolitischen Historie, ihrer Beziehungen zu politischen Akteur*innen, politischem und verwaltungstechnischem Knowhow, ihrer zeitlichen Ressourcen und ihren kulturpolitischen Erfolgen. In der artikulierten Totalität der *Koalition*, die aus verschiedenen Partikularverbänden besteht, die jeweils eine künstlerische Sparte

oder Produktionsform vertreten, werden diese differenziellen Elemente jedoch äquivalent in ihrer Gemeinsamkeit, nicht ›der Kulturverwaltung‹ oder ›der Politik‹ zugehörig zu sein. Die eigentlich unterschiedlichen Elemente schließen sich also in ihrer Differenz zu einem gemeinsamen/konstitutiven Außen zu einer Äquivalenzkette zusammen (Laclau 2007b). Unterschiede zwischen den Sparten werden somit weniger relevant, als die Gemeinsamkeit der Differenz zu einem Außen. Innerhalb des Spannungsverhältnisses zwischen Unterschied (Differenz) und Gemeinsamkeit (Äquivalenz) vollzieht sich also im zweiten Artikulationsvektor eine Aushandlung zwischen Universalität und Partikularität hin zu einer relativen Äquivalenz, oder ›relativen Universalität‹, die die *Koalition* mit ihrem Vertretungsanspruch untermauert (Laclau 2007a). Im artikulatorischen Versuch des zweiten Vektors übersteigt die *Koalition* sozusagen ihre eigene Form, da sie eben nicht nur die Interessen einzelner künstlerischer Sparten aggregieren und vertreten will, sondern das eigentlich Unmögliche wagt: die unklare, sich immer verändernde Gesamtheit der Berliner Freien Szene zu repräsentieren. Dieser Anspruch wird in den Selbstbeschreibungen der *Koalition* deutlich, wenn Sprecher*innen davon berichten, ›für‹ die gesamte Szene zu sprechen, oder für nicht Anwesende ›mitzusprechen‹, ›mitzuhandeln‹ und deren Forderungen und Nöte ›mitzutragen‹. Judith Butler (2008: 32-33, Übersetzung FL) versteht den anti-essentialistischen Charakter des Universalen als ›fragiles, wandelndes und immer unvollständiges Erreichen einer politischen Aktion; es ist nicht die Hülle einer Anwesenheit, sondern Platzhalter einer Abwesenheit‹. Hier verschränkt sich der zweite Artikulationsvektor also entgegen dem totalitären Repräsentationsdrang mit der radikalen Abwesenheit, die ich als Kennzeichen einer postfundamentalistischen Perspektive auf soziale Bewegungen und politische Akteur*innen unterstreiche. Anstatt sich der Macht-Illusion eines Universalvertretungsanspruchs völlig hinzugeben, ist das Streben nach Macht, Universalität oder Totalität einer postfundamentalistischen Artikulation oder Bewegung auf temporäre Grenzziehungen zwischen ›uns‹ und ›ihnen‹ ausgerichtet, die jederzeit widerrufen werden können. Somit werden hegemoniale Setzungen und Ordnungen unter anderem durch gegenhegemoniale Bestrebungen oder Bewegungen einerseits destabilisiert und andererseits auch hervorgebracht (Mouffe 2007; Landau i.E. 2019b). Anders gesagt, Machtkonstrukte werden fast paradoxerweise durch kritische Stimmen und Akteur*innen in ihrer hegemonialen Position gestärkt. Evident wird jedoch (beruhigenderweise), dass das Scheitern der vollständigen Repräsentation sowohl auf Seiten hegemonialer als auch gegenhegemonialer Akteur*innen vorprogrammiert ist: Die *Koalition* engagiert sich zwar in dem eigentlich unmöglichen Unterfangen, Universalität zu repräsentieren und verlautbart an manchen Stellen, dass die *Koalition* quasi-universal ›für‹ die gesamte Freie Szene von 40.000 bis 50.000 Kulturschaffenden spricht oder sprechen kann/will. Gleichzeitig lehnt die Gruppe es ab, als universal oder ultimativ legitimierte Interessenvertretung der Freien

Szene von beispielsweise der Kulturverwaltung zur Verantwortung gezogen zu werden. Dieses Oszillieren zwischen dem An- und Widerruf von Universalität wurde in der Vergangenheit mehrfach deutlich, wenn die *Koalition* Gespräche mit Kulturverwaltung und -politik zeitweise aussetzte oder während laufender oder geplanter Prozesse eben *nicht* als Sprachrohr aller Kulturschaffende fungierte. Hier wird auch die Verschränkung der ersten beiden Artikulationsvektoren deutlich, denn das (taktische) Einfordern oder Zurückweisen einer universal repräsentativen Position erfolgt durch das aktive Handeln der *Koalition* bzw. ihrer Sprecher*innen (#1 Artikulation). Abschließend wird im strategischen Artikulieren von Universalität deutlich, dass diese notwendigerweise unvollständig bleiben wird. Als postfundamentalistische Bewegung zeigt die *Koalition* (wenn auch manchmal implizit) die konstitutive Abwesenheit ihrer eigenen letzten Begründung und die Notwendigkeit stetiger Aushandlungsprozesse um ihre Position und Berechtigung im kulturpolitischen Feld.

Der dritte Vektor der Artikulation (#3 Artikulation) umschreibt sowohl die Produktion, als auch die Herausforderung von Diskurs als (De-)Konstruktion. Die Bedeutung von Diskurs für poststrukturalistische Theoriebildung verdeutlichen Johanna Leinius et al. (2017: 11): »[D]urch das In-Beziehung-Setzen von Konzepten, Sinnzuschreibungen und Objekten wird Bedeutung fixiert: Es entsteht Sinn.« Das Entstehen von Sinn, welches hier als Artikulationspraxis in den Blick genommen wird, drückt sich in der *Koalition* so aus, dass die Gruppe neue Fakten und Allianzen in der kulturpolitischen Landschaft schafft. Durch gemeinschaftliche Studien und Bedarfsberechnungen produziert die *Koalition* aktiv Informations- und Datengrundlagen für politische Forderungen, die im Verlauf von politischen Diskussionen und Haushaltsverhandlungen eine Basis für die finanzielle Verbesserung der Produktionsbedingungen der Freien Szene liefern können. Abgesehen von dem Dilemma, dass die Abwesenheit von Fakten und Zahlen über die prekäre Situation vieler Kunstsparten dazu beitragen kann, deren Zustand weiter als nicht-skandalisiert fortzuschreiben, ist die Herstellung einer diskursiven Öffentlichkeit für die Belange der Freien Szene indirekt mit der Kritik an der bestehenden Priorisierung von Hochkultur verbunden. Die *Koalition* artikuliert neben neuen faktenbasierten Problematisierungen also zudem ein neues Narrativ der »kreativen« Stadt Berlin und fordert damit indirekt die bestehende, hegemoniale Setzung des Berliner Kulturkomplexes heraus. Angesichts dieser Anstrengungen der oben angesprochenen Fixierung von Bedeutung macht die *Koalition* deutlich, wie der dritte Artikulationsvektor explizit mit den anderen Vektoren verwoben wird: Neue diskursive Problemsetzungen werden von Künstler*innen als Akteur*innen selbst gemacht (#1 Artikulation) und eine Diskursverschiebung mit stärkerem Fokus auf die Belange der Freien Szene stärkt diesen neuen Akteur, der eine betroffene Gesamtheit zu repräsentieren anstrebt (#2 Artikulation).

Der vierte und finale Vektor der Artikulation umschreibt die temporäre Stabilisierung flottierender Elemente als diskursiven Moment (#4 Artikulation). Diese Fixierung kommt insbesondere im Hinblick auf die Zusammensetzung der einzelnen Initiativen, die gemeinsam in der *Koalition* agieren, zum Vorschein. Die Zusammenkunft bestehender künstlerischer Interessens- und Spartenverbände entspricht einer Äquivalenzkettenbildung unter verschiedenen Einzelkünstler*innen und spartenspezifischen Verbänden, die über stark unterschiedliche Ressourcen wie Personal, finanzielle Ausstattung, Mitgliederstärke und kulturpolitisches Knowhow verfügen. Allerdings ist die *Koalition* keine rein aggregative Kollektivität, also bloß eine Summe ihrer Teile. Im Gegenteil: Die neue Form, die neue Bewegung, die durch die *Koalition* zustandekommt, entfaltet erstmalig eine gemeinschaftliche(re) Stimme als andere kulturpolitischen Vereinigungen in der Stadt zuvor. Es kommt also zur Fixierung diskursiver Elemente und der Herausbildung eines diskursiven Moments. Diese Verstetigung ist eng mit dem dritten Artikulationsvektor verbunden, neue diskursive Eingangspunkte in politische Debatten zu postulieren (#3 Artikulation). Nichtsdestotrotz kann dieser neu gegründete, prekäre Moment potentiell von anderen Elementen, die nicht Teil der diskursiven Verkettung sind, in Frage gestellt werden. Beispielsweise kann seine relativ universale Stellung hinterfragt werden (#2 Artikulation). Insbesondere im Hinblick auf die organisationale Zukunft der *Koalition* bleibt diese Verbindung der Artikulationsvektoren (#2, #4 Artikulation) instabil, da politische Aufmerksamkeiten und Prioritätensetzungen kurzlebig sind, und der *Koalition* schon beim nächsten Regierungswechsel ihre quasi-privilegierte Position wieder abgesprochen werden könnte. Im Hinblick auf die Konzeptualisierung postfundamentalistischer Bewegungen demonstriert die *Koalition* jedoch einen Ansatz, zerstreute und teilweise zerstrittene Elemente dennoch als neue politische Akteur*innen zusammenzubringen. Beispielsweise der *Elf-Punkte-Plan* ist ein Dokument, welches konfliktuelle Konsensentscheidungen festhält. Interne *Sprecher*innenkreis*-Treffen diskutieren Streitpunkte ebenfalls in einem geschützten Raum und verhandeln diese untereinander zu konfliktuellem Konsens, um diesen anschließend als konfliktuell-kollaborative Einheit nach außen zu kommunizieren, beispielsweise in Haushaltsverhandlungen oder Plenumstreffen. Angesichts der ständigen Aushandlungsprozesse nach außen und innen, die die *Koalition* ausmachen, kommt die konstitutive Kontingenz und Brüchigkeit der Bewegung zum Vorschein.

Nach dieser überblicksartigen Vorstellung der einzelnen Artikulationsvektoren wird deutlich, wie unterschiedlich sie sich ausformen können. Ihre Verschränkung zur Entfaltung politischen Gewichts hängt beispielsweise davon ab, ob die politische Mobilisierung, Aktion und Handlungsermächtigung im Vordergrund steht (#1 Artikulation), die Stabilisierung und Vereinheitlichung verschiedener Positionen (#4 Artikulation) oder das Aufbauen politischen Drucks (#2, #3 Artikulation). Obwohl Artikulationen vielleicht auch ohne die explizite Ausprä-

gung des einen oder anderen Vektors zu denken wäre, soll diese Destillation des Laclau'schen und Mouffe'schen Begriffs im Dialog mit empirischen Bewegungen Einstiegspunkte für die konkrete Annäherung an die (Be-)Gründungspraktiken sozialer Bewegungen liefern.

4. Fazit und Ausblick

Die postfundamentalistischen Konzepte Abwesenheit, Kontingenz und A(nta)gonismus haben exemplarisch einen Einblick in die Artikulations- und Legitimationsmuster einer postfundamentalistischen Bewegung ermöglicht. Solche Bewegungen schwanken reflexiv zwischen Affirmation und Negation von Vertretungsansprüchen (#2, #4 Artikulation), Handlungsspielräumen (#1 Artikulation) und Bedeutungshoheiten (#2, #3 Artikulation). Das Operationalisieren des Laclau'schen und Mouffe'schen Artikulationsbegriffs hat aufgezeigt, wie die *Koalition* neue Formen der strategischen Universalisierung und gegenhegemonialen Positionierung gegenüber der ›etablierten‹ Politik entwirft.

Das Bewusstsein dieser konstitutiven Kontingenz grenzt postfundamentalistische soziale Bewegungen von sich selbst essentialisierenden Bewegungen ab, die entweder ungeachtet ihrer konkreten Bestandteile eine kollektive Identität formulieren, oder mit Konsensgläubigkeit interne Differenzen überschreiben. Anstatt eine radikale Unbegründbarkeit als Anlass für politische Hoffnungslosigkeit zu nehmen, scheuen postfundamentalistische Akteur*innen oder Bewegungen nicht vor Aktion zurück, sondern entwickeln Formen politischer Teilhabe, Legitimation und somit von Politik und Demokratie, die der Konsensbesessenheit neoliberaler und/oder deliberativer Demokratie die Stirn bietet. Obwohl Mouffes Mindestkriterien von ›Freiheit‹ und ›Gleichheit‹, die von agonistischen kollektiven Subjekten oder Bewegungen einzuhalten sind, in sich selbst nicht abschließend definierbar sind, bietet der Ansatz a(nta)gonistischer Artikulationspraxis sowohl ein analytisches als auch politisches Werkzeug, um konfliktuelle Aktivitäten kollektiver Akteur*innen und Bewegungen als politisch zu begreifen. Die *Koalition* hat durch ihre a(nta)gonistische Artikulationspraxis das diskursive Feld Berliner Kulturpolitik und -förderung so re-artikuliert, dass dort nun eher agonistische Wettstreiter*innen aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft legitime Streits aushandeln, anstatt dass antagonistische Feind*innen gegenseitige Vernichtung anstreben würden. Mit diesem nicht-konfrontativen Ansatz erreichte die *Koalition* nicht nur eine materielle Verbesserung der freien Kulturproduktion in Berlin, sondern auch eine diskursive Verschiebung der hegemonialen Erzählung, was die ›kreative‹ Stadt Berlin eigentlich ausmache. Um diesen Nexus politischer, diskursiver, materieller und symbolischer Machtverschiebungen zu veranschaulichen, dient der Artikulationsbegriff dazu, verschiedene Ebenen der (Selbst-)(De-)Kons-

truktion in den Blick zu nehmen. Dies kann auch über den Kontext des konfliktuellen Berliner Kulturfeldes hinaus auf soziale Bewegungen in anderen Politikfeldern und -kontexten übertragen werden.

Konkret bedeutet der postfundamentalistische bewegungstheoretische Ansatz, dass das Thematisieren der eigenen Nicht-Notwendigkeit und Kontingenz Bewegungen stärken kann, indem sie sich auf ihre stets neu zu artikulierende Notwendigkeit konzentrieren und sich nicht um ihrer selbst willen begründen. Die Bewegung ist quasi nichts außer dem, was sie durch Aufstellen von Forderungen schafft (Abwesenheit). So eröffnet der Ansatz zusätzliche Erklärungszugänge, wie neue Bewegungen mit internen Konflikten umgehen, um nach außen eine vorläufige repräsentative Position einzunehmen (Antagonismus). Insbesondere das Konzept des konfliktuellen Konsens bietet eine analytische Perspektive, die Dynamiken aufzeigen kann, die nicht von absoluter Identifikation oder Übereinstimmung von Bewegungsakteur*innen ausgeht, sondern multiple Konflikte als (Be-)Gründungsanlass neuer politischer Subjekte begreift. Obwohl die Disaggregation der Artikulationsvektoren hilfreich für die heuristische Einbettung von Bewegungsaktivitäten und (Selbst-)Beschreibungen sein kann, liegen Schwächen des Ansatzes jedoch in der teilweise starken Überschneidung der einzelnen Vektoren, einer potentiellen Konkurrenz einzelner Artikulationsbestrebungen (z.B. zwischen #2 und #4 Artikulation) sowie in der theoretischen Unerschöpflichkeit der Vektorenanzahl. So wäre es für weitere, vor allem empirische Analysen von potentiell postfundamentalistischen Bewegungen denkbar und spannend, fünfte oder sechste Vektoren der Artikulation zu identifizieren. Schließlich soll die hier vorgestellte Operationalisierung als Versuch dienen, hegemonietheoretische Konzepte für die Analyse empirischer Fallstudien fruchtbar zu machen. Ganz im Sinne postfundamentalistischer Theoriebildung ist dieser Versuch jedoch in seiner eigenen Kontingenz und Streitbarkeit verhaftet, und muss stets neu ge-/begründet werden.

5. Literatur

- Beveridge, Ross/Koch, Philippe (2016): »The Post-Political Trap? Reflections on Politics, Agency and the City«, in: *Urban Studies* 54, S. 31-43.
- Butler, Judith (2008): »Restaging the universal: Hegemony and the limits of formalism«, in: Judith Butler/Ernesto Laclau/Slavoj Žižek (Hg.), *Contingency, Hegemony, Universality. Contemporary Dialogues on the Left*, London/New York: Verso, S. 11-44.
- Della Porta, Donatella (2008): »Consensus in Movements«, in: Donatella Della Porta/Mario Diani (Hg.), *The Oxford Handbook of Social Movements*, Oxford: Oxford University Press, S. 73-99.

- Hollands, Robert/Vail, John (2012): »The Art of Social Movement. Cultural Opportunity, Mobilisation, and Framing in the Early Formation of the Amber Collective, in: *Poetics* 40, S. 22-43.
- Jessop, Bob (2014): »Repoliticising Depoliticisation. Theoretical Preliminaries on Some Responses to the American Fiscal and Eurozone Debt Crises, in: *policy and politics* 42, S. 207-223.
- Kern, Thomas (2008): *Soziale Bewegungen: Ursachen, Wirkungen, Mechanismen*, Wiesbaden: VS.
- Laclau, Ernesto (Hg.) (1994): *The Making of Political Identities*, London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (2007a): *Emancipation(s)*, London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto (2007b): *On Populist Reason*, London/New York: Verso.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (2001): *Hegemony and Socialist Strategy. Towards a Radical Democratic Politics*, London/New York: Verso.
- Landau, Friederike (2016): »Articulations in Berlin's independent art scene. On new collective actors in the art field«, in: *International Journal of Sociology and Social Policy* 36, S. 596-612.
- Landau, Friederike (2017a): *A(nta)gonistic Policy Success. Unhinging the ›Success‹ Bias in Policy Evaluation*. Paper presented at American Association of Geographers, Boston.
- Landau, Friederike (2017b): »Unpacking Conflictual Consensus in Berlin's Cultural Policy-making«, in: Serhan Ada (Hg.), *Independent Republic of Culture*, Istanbul: Istanbul Bilgi University Press, S. 28-36.
- Landau, Friederike (2019a): *Agonistic Articulations in the ›Creative‹ City: On New Actors and Activism in Berlin's Cultural Politics*, London/New York: Routledge.
- Landau, Friederike (2019b): »(Gegen-)Entwürfe – Über Artikulationen von Kreativität«, in: Grossmann, Andreas (Hg.), *Entwerfen & Erfinden*, Tübingen: Mohr Siebeck. S. n/a.
- Landau, Friederike (2019c): »[Un]settling Urban Cultural Politics«, in: Tihomir Vidlerman/Sabine Knierbein/Elina Kränzle/Sybille Frank/Ed Wall/Nikolai Roskamm (Hg.), *Urban Space Unsettled – Routines, Temporalities and Contestations*. London/New York: Routledge. S. n/a.
- Lee, Caroline W./Lingo, Elizabeth Long (2011): »The ›Got Art?‹ Paradox: Questioning the Value of Art in Collective Action«, in: *Poetics* 39, S. 316-335.
- Leinius, Johanna/Vey, Judith/Hagemann, Ingmar (2017): »Poststrukturalistische Perspektiven auf soziale Bewegungen«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 30, S. 6-20.
- Leipold, Sina; Winkel, Georg (2016): »Discursive Agency. (Re-)Conceptualizing Actors and Practices in the Analysis of Discursive Policymaking«, in: *Policy Studies Journal* 7, S. 1-25.

- Marchart, Oliver: (2007) *Post-foundational Political Thought. Political Difference in Nancy, Lefort, Badiou and Laclau*, Edinburgh: Edinburgh University Press.
- Marchart, Oliver (2010): *Die politische Differenz. Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Marchart, Oliver (Hg.) (2013): *Die Prekarisierungsgesellschaft*, Bielefeld: transcript.
- McCarthy, John D./Wolfson, Mark (1992): »Movements, Conflict Movements, and the Cooptation of Civic and State Infrastructures«, in: Aldon D. Morris (Hg.), *Frontiers in Social Movement Theory*, New Haven: Yale University Press, S. 273-299.
- Melucci, Alberto (1989): *Nomads of the Present. Social movements and Individual Needs in Contemporary Society*, London: Hutchinson Radius.
- Misoczky, Maria Ceci/Dornelas Camara/Guilherme/Böhm, Steffen (2017): »Organizational Practices of Social Movements and Popular Struggles. Understanding the Power of Organizing From Below«, in: *Qualitative Research in Organization & Management* 12, S. 250-261.
- Mouffe, Chantal (2005): *On the Political*, London/New York: Routledge.
- Mouffe, Chantal (2007): »Artistic Activism and Agonistic Spaces«, in: *ART&RESEARCH: A Journal of Ideas, Contexts and Methods* 1, S. 1-5.
- Mouffe, Chantal (2009): *The Democratic Paradox*, London/New York: Verso.
- Mouffe, Chantal (2013): *Agonistics. Thinking the World Politically*, London/New York: Verso.
- Roskamm, Nikolai (2015): *On the Other Side of »Agonism«. »The Enemy«, the »Outside«, and the Role of Antagonism*, in: *Planning Theory* 14, S. 384-403.
- Roskamm, Nikolai (2017): *Unbesetzte Stadt. Postfundamentalistisches Denken und das Urbanistische Feld*, Basel: Birkhäuser.
- Saward, Michael (2006): *The Representative Claim*, in: *Contemporary Political Theory* 5, S. 297-318.
- Swyngedouw, Erik (2009): *The Antinomies of the Postpolitical City: In Search of a Democratic Politics of Environmental Production*, in: *International Journal of Urban and Regional Research* 33, S. 601-620.

